

2. Die Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa

ROLF KLEIMANN

Wie werden Armut und soziale Ausgrenzung in der Europäischen Union von amtlicher Seite gemessen? Was sind die Datengrundlagen und welche Verfahren kommen hierbei zur Anwendung? Der folgende Beitrag beantwortet diese Fragen. Dabei werden auch einzelne Kritikpunkte angesprochen. Die Kritik soll dazu dienen, die genannten Verfahren und Vorgehensweisen besser zu verstehen und zu einer sachgerechten Interpretation der Ergebnisse führen. Doch zunächst zum politischen Hintergrund: Im Sommer 2010 wurde die »Strategie Europa 2020« von den europäischen Staats- und Regierungschefs in Kraft gesetzt. Sie ist die Nachfolgerin der auf das Jahr 2010 ausgerichteten Lissabon-Strategie. »Europa 2020« beschreibt die wichtigsten Ansatzpunkte für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa. »Europa 2020« ist auf fünf strategische Oberziele in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Forschung, Umwelt, und soziale Eingliederung ausgerichtet. Von diesen Oberzielen haben zwei unmittelbaren Bezug zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Bis zum Jahr 2020 soll in der EU die Erwerbstätigenquote der Männer und Frauen auf 75 Prozent steigen und die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um 20 Millionen reduziert werden. Zur Messung der Gefährdungslagen wurden zusätzlich zur Armutsgefährdungsquote zwei weitere Sozialindikatoren auf der Grundlage von EU-SILC eingeführt: der Anteil der Bevölkerung mit erheblicher materieller Deprivation und der Anteil der Personen, die in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung leben.

Die Datengrundlage EU-SILC

Die folgenden Ausführungen stellen die Datengrundlage EU-SILC vor und liefern einen kritischen Überblick über die drei genannten sozialen Indikatoren.

Seit 2005 werden die »European Union Statistics on Income and Living Conditions« (kurz: EU-SILC) in den 27 Mitgliedstaaten der EU und in einigen der Nachbarstaaten erhoben. Der deutsche Beitrag zu dieser Gemeinschaftsstatistik trägt den Titel »Leben in Europa«. EU-SILC steht damit in der direkten Nachfolge des European Community Household Panel (ECHP), das in den Jahren 1994 bis 2001 in 15 EU-Staaten erhoben wurde.

Die EU-SILC gelten als eine der zentralen Haushaltsbefragungen zu den Themenbereichen Einkommen, Lebensbedingungen und Armut der in Europa lebenden Bevölkerung. Die eigentliche Bedeutung der EU-SILC liegt in den Möglichkeiten eines Vergleichs zwischen den europäischen Mitgliedsländern. EU-SILC liefern zudem eine Fülle von Kennziffern zu politikrelevanten Fragenstellungen. Die statistische Grundgesamtheit der EU-SILC umfasst



Abb. 1 »Immer mehr Armut«

© Gerhard Mester, 3.1.2017

die Bevölkerung in allen Privathaushalten am Hauptwohnsitz. Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, gehören nicht zur Erhebungsumfang. Auch Untermieter, Gäste, Hausangestellte und Au-pairs gehören in der Regel nicht zum Haushalt. Befragt werden Personen ab ihrem 16. Lebensjahr. Die Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland findet anhand von Randverteilungen zentraler Merkmale des Mikrozensus statt. Die nachfolgenden Analysen basieren auf den im Oktober 2017 aktuellen Revisionsständen der Statistik.

Die »EU 2020 Indikatoren« – Identifikationsprobleme

Eine politische Zielvorgabe zur Senkung der Zahl der durch Armut und sozialer Ausgrenzung gefährdeten Menschen setzt voraus, dass diese Begriffe soweit operationalisiert sind, dass zwischen »gefährdet« und »nicht gefährdet« bzw. »ausgegrenzt« und »nicht ausgegrenzt« unterschieden werden kann.

Ansätze zu einer derartigen Abgrenzung markieren auch den historischen Beginn der systematischen Armutsforschung gegen Ende des 19. Jahrhunderts (vgl. Rowntree (1901) und Booth (1889)). In den Anfangsjahren der Armutsforschung kamen überwiegend absolute Messkonzepte zum Einsatz. Absolut meint an dieser Stelle, dass unabhängig vom gesellschaftlichen Umfeld Standards für eine Mindestversorgung in Bereichen wie Nahrung, Kleidung, Wohnen, Gesundheitspflege und anderen grundlegenden Bedarfsgütern festgelegt wurden. Die Grenze zur Armut hin wurde dann überschritten, wenn die Versorgung in den genannten Lebensbereichen unterhalb einer vorgegebenen Schwelle, dem physischen Existenzminimum, lag.

Im Gegensatz dazu setzen die späteren relativen Armutsdefinitionen kein Existenzminimum voraus, sondern bestimmten formale Armutsgrenzen im Verhältnis zum Wohlstandsniveau der jeweiligen Population (Fuchs 1968). Relative Armutsmaße stellen mithin auf die »übliche« oder »mittlere« Lebensweise eines Landes als Referenzpunkt zur Abbildung eines durchschnittlichen Lebensstandards ab. Als arm gilt derjenige, dessen Situation einen definierten Mindestabstand vom gesellschaftlichen Mittelwert aufweist. Dieser Abstand kann sich als relative Unterversorgung mit Ressourcen, einem unterdurchschnittlichen Lebensstandard sowie als mehr oder minder gravierender Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben äußern. Sowohl das Konzept der (Einkommens-) Armutsgefährdung als auch die Materielle Deprivation sind in diesem Sinne relative Messkonzepte.

■ Aggregationsprobleme

Der Sozialforschung stehen eine Vielzahl von statistischen Verfahren zur Verfügung, um Aussagen zur Armut oder sozialer Ausgrenzung innerhalb einer Population zu treffen. Die einfachste dieser aggregierten Maßzahlen ist die Quote der vom Indikator erfassten, d. h. im vorliegenden Fall deprivierten, Personen. Dies wäre in vorliegendem Fall der EU 2020 Indikatoren ...

1. die Armutsrisikoquote, (Die Begriffe »Armutsgefährdung« und »Armutsrisiko« werden hier, wie auch in der Literatur, als Synonyme verstanden. Sie beschreiben denselben Sachverhalt.)
2. die Quote für die erhebliche materielle Deprivation sowie
3. die Quote für die geringe Erwerbsbeteiligung der Haushalte.

Das Konzept der »EU 2020 Indikatoren« verwendet genau diese Quoten und erlaubt es im Weiteren, hierzu unterschiedliche Schnittmengen zu bilden, die die Verflechtung der einzelnen Deprivationsmerkmale sichtbar machen (vgl. | Abb. 2 |).

■ Erster Indikator: Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist die am häufigsten verwendete Maßzahl zur Messung relativer Einkommensarmut. Sie ist definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des nationalen Medians eines Mitgliedstaates beträgt.

■ Einkommensbegriff

Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein personengewichtetes Haushaltsnettoeinkommen. Es ergibt sich aus den individuellen Markteinkommen der Mitglieder eines Haushalts sowie aus privaten und öffentlichen Transferleistungen. EUROSTAT verzichtet dabei auf die Verrechnung selbstgenutzten Wohneigentums in Form hypothetischer Mieteinnahmen. Das Nettoäquivalenzeinkommen ist im Feld der Sozialberichterstattung die zentrale Messgröße zur Beurteilung der Entwicklung der Einkommen und ihrer Verteilung.

Die EU 2020 Indikatoren zu Armut und sozialer Ausgrenzung

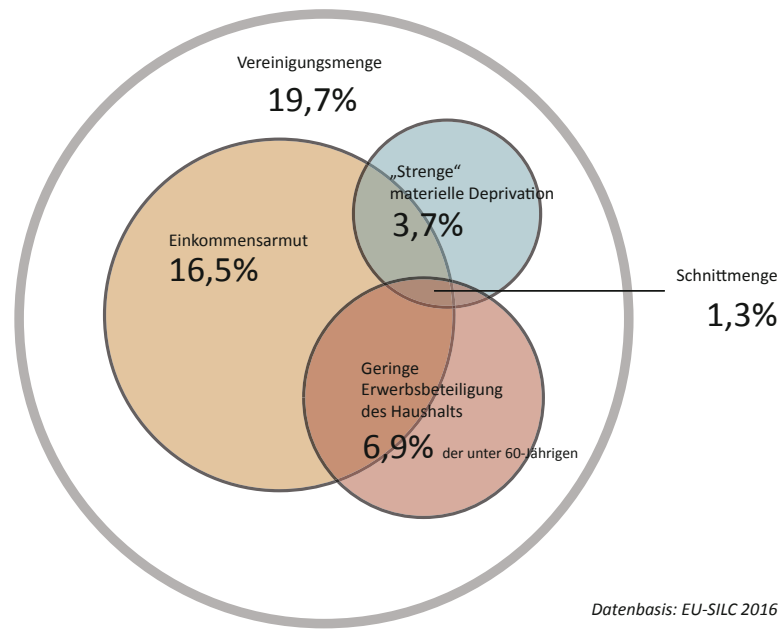


Abb. 2 Die »EU 2020 Indikatoren zu Armut und sozialer Ausgrenzung«

© Rolf Kleimann, 2018

■ Äquivalenzgewichtung

Sollen die Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größen- und Altersstruktur verglichen werden, ist eine Gewichtung der Einkommen unerlässlich. Im einfachsten Fall könnte das Haushaltseinkommen durch die Zahl der Personen, die davon leben müssen, geteilt werden. Ein derartiges Einkommen pro Kopf würde jedoch die erheblichen Einsparpotenziale des Zusammenlebens nicht berücksichtigen. Um dem Rechnung zu tragen, werden Einkommen mit sogenannten Äquivalenzziffern gewichtet. Diese Gewichte leiten sich aus der jeweiligen Haushaltskonstellation ab.

Die von EUROSTAT – und den meisten anderen Institutionen – verwendete neue OECD-Skala gibt der ersten erwachsenen Person ein Gewicht von 1, allen weiteren Haushaltsmitgliedern ab einem Alter von 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jüngeren Personen unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3. Die Bestimmung der Äquivalenzeinkommen erfolgt dann durch Division der jeweiligen Haushaltseinkommen durch die Summe der Äquivalenzgewichte eines Haushalts. Alle Personen eines Haushalts bekommen den gleichen Einkommenswert zugewiesen.

Äquivalenzskalen vom Typ der OECD-Skala gehen dabei von zwei Prämissen aus: Zum einen wird unterstellt, dass bei einer steigenden Haushaltsgröße eine Fixkostendegression in der beschriebenen Form erfolgt. Zum anderen wird davon ausgegangen, dass Personen, die in einem Haushalt zusammenleben, durch die gemeinsame Nutzung von Wohnung und Haushaltsgegenständen ein gleiches Wohlstandsniveau erreichen.

Die Bedarfsgewichtung unterstellt den Haushalten wachsende Einsparpotenziale mit zunehmender Personenzahl. Zur Höhe dieser Bedarfsgewichte gibt es erwartungsgemäß eine lange Diskussion. Andere Institutionen finden andere Werte als angemessener und auch die OECD selbst hat ihre Gewichte in der Vergangenheit bereits erheblich modifiziert. Es könnte auch argumentiert werden, dass je nach Analysezweck unterschiedliche Gewichte geeignet wären. Hinsichtlich besonders hoher Einkommen ist die Idee der Bedarfsgewichtung ohnehin zu hinterfragen, da i. d. R. nur ein Teil des Einkommens in den eigentlichen Bedarf des Haushalts

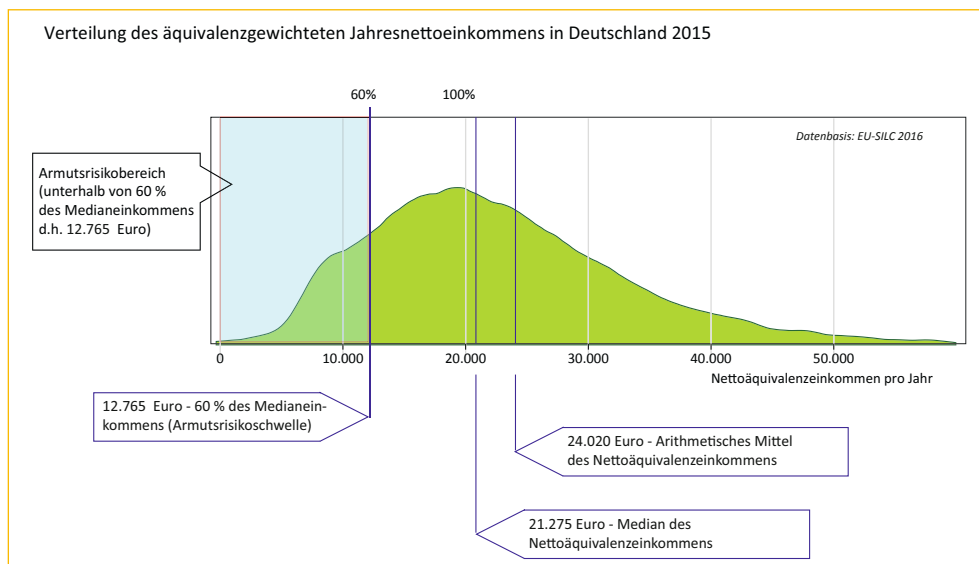


Abb. 3 »Verteilung des äquivalenzgewichteten Jahresnettoeinkommens in Deutschland für das Jahr 2015«

© Rolf Kleimann 2018

fließt. Auch sind die Bedarfe in verschiedenen Ländern auf Grund unterschiedlicher regionaler Preisniveaus sicherlich unterschiedlich hoch.

Schwellenwerte

Als armutsgefährdet gilt derjenige, dessen Nettoäquivalenzeinkommen den vorgegebenen Schwellenwert von 60 Prozent des nationalen Median unterschreitet. In Abbildung 3 ist dieser Schwellenwert markiert. Die gefärbte Fläche links davon gibt die Positionen innerhalb der Einkommensverteilung an, die unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Der Flächenanteil im

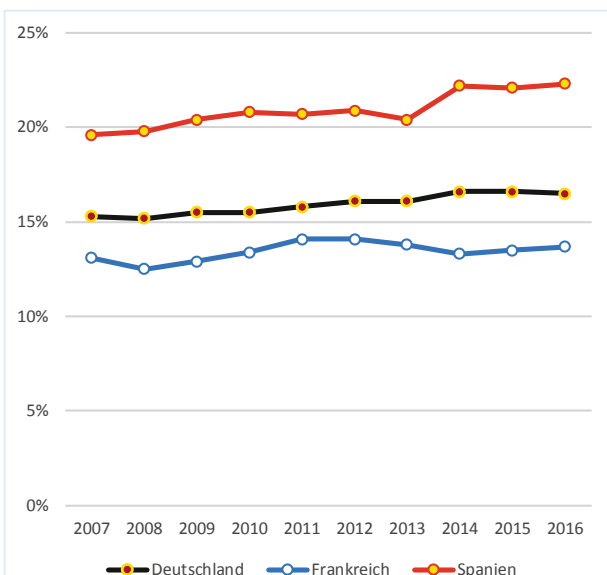
markierten Bereich unterhalb der Dichtefunktion entspricht dem Wert der Armutsgefährdungsquote. Die Schwellenwerte unterscheiden sich innerhalb der EU aufgrund der unterschiedlichen Wohlstandsniveaus erheblich.

Die Entwicklung

Abbildung 4 zeigt die Entwicklung der Armutsrisikoquote für die Jahre ab 2007. Ausgewiesen sind immer die Vorjahreswerte. In Deutschland sehen wir einen ganz allmählichen Anstieg der Armutsgefährdung von 15 Prozent in 2007 auf 16,5 Prozent bei 2016. Frankreich weist eine weitgehend parallele Entwicklung auf, die Werte liegen hier allerdings zwei Prozentpunkte unterhalb der deutschen Angaben. Im dritten Vergleichsland Spanien lag die Armutsgefährdungsquote bereits 2007 bei knapp 20 Prozent und stieg ab 2014 nochmals deutlich auf über 22 Prozent an.

Im europäischen Vergleich nimmt Deutschland einen Platz im Mittelfeld ein (Abb. 5). Mit einer Armutsgefährdungsquote von 16,5 Prozent liegt die Bundesrepublik nur 0,8 Prozentpunkt von gewichteten Mittelwert aller hier aufgeführten Länder entfernt. Dass sich Länder wie etwa die Tschechische Republik (ARQ: 9,7 Prozent) hier deutlich besser positionieren, liegt an der Höhe der nationalen Armutsrisikoschwelle bzw. der jeweiligen nationalen Einkommensverteilung. Die Armutsrisikoschwelle lag in Tschechien 2016 mit 4.703 Euro gerade mal bei einem Drittel des deutschen Wertes von 12.765 Euro.

Armutsgefährdung in D, F und ES 2007 bis 2016



Armutsrisikoquote: Relativer Anteil derjenigen an der Gesamtpopulation, deren äquivalenzgewichtetes Nettoeinkommen unterhalb von 60% des nationalen Einkommensmedians liegt.

Abb. 4 »Armutsgefährdung in Deutschland, Frankreich und Spanien

2007–2016«

© Rolf Kleimann 2018

Kritik am Konzept

Der europäische Vergleich der Armutsgefährdung zeigt bereits eine Schwäche des relativen Armutskonzepts. Obwohl hier Länder mit sehr unterschiedlichen Wohlstandsniveaus verglichen werden, bewegen sich die Armutsrisikoquoten der Länder in einem relativ engen Korridor. Die Rangfolge erlaubt weniger eine Aussage über das Ausmaß nationaler Armut (-sgefährdung), sondern beschreibt vielmehr die relative Einkommensverteilung im unteren Bereich. Wenn beispielsweise in der Tschechischen Republik die Einkommen nur halb so hoch wären – bei ansonsten identischen Bedingungen, würde das für viele Personen vor Ort bittere Armut bedeuten – bliebe die Armutsgefährdungsquote davon unberührt. Das gleiche träfe auch bei einer hypothetischen Verdoppelung der Einkommen zu.

Ein weiterer Kritikpunkt gilt der Äquivalenzgewichtung. Konsumstrukturen sind nicht allein von der Haushaltsgröße und einer groben Alterseinteilung (jünger oder älter als 14 Jahre) abhängig, sondern ganz wesentlich von dem jeweiligen Einkommen des Haushalts (vgl. Ebert und Moyes, 2003). Zudem unterscheiden sich die Konsumstrukturen von Haushalten unterschiedlicher Länder (vgl. Van Praag und van der Staar 1988).

Zudem berücksichtigt der rein auf dem Einkommen basierende Indikator nicht die Lebensphase der erfassten Personen. Es macht offensichtlich einen großen Unterschied, ob etwa ein Student oder eine Person Mitte 40 über ein Einkommen von weniger als 12.765 Euro p. a. verfügen. Während für den Studenten das knappe Salär in der Regel nur ein Durchgangsstadium bedeutet und von keiner Seite mit Armut oder gar sozialer Ausgrenzung assoziiert

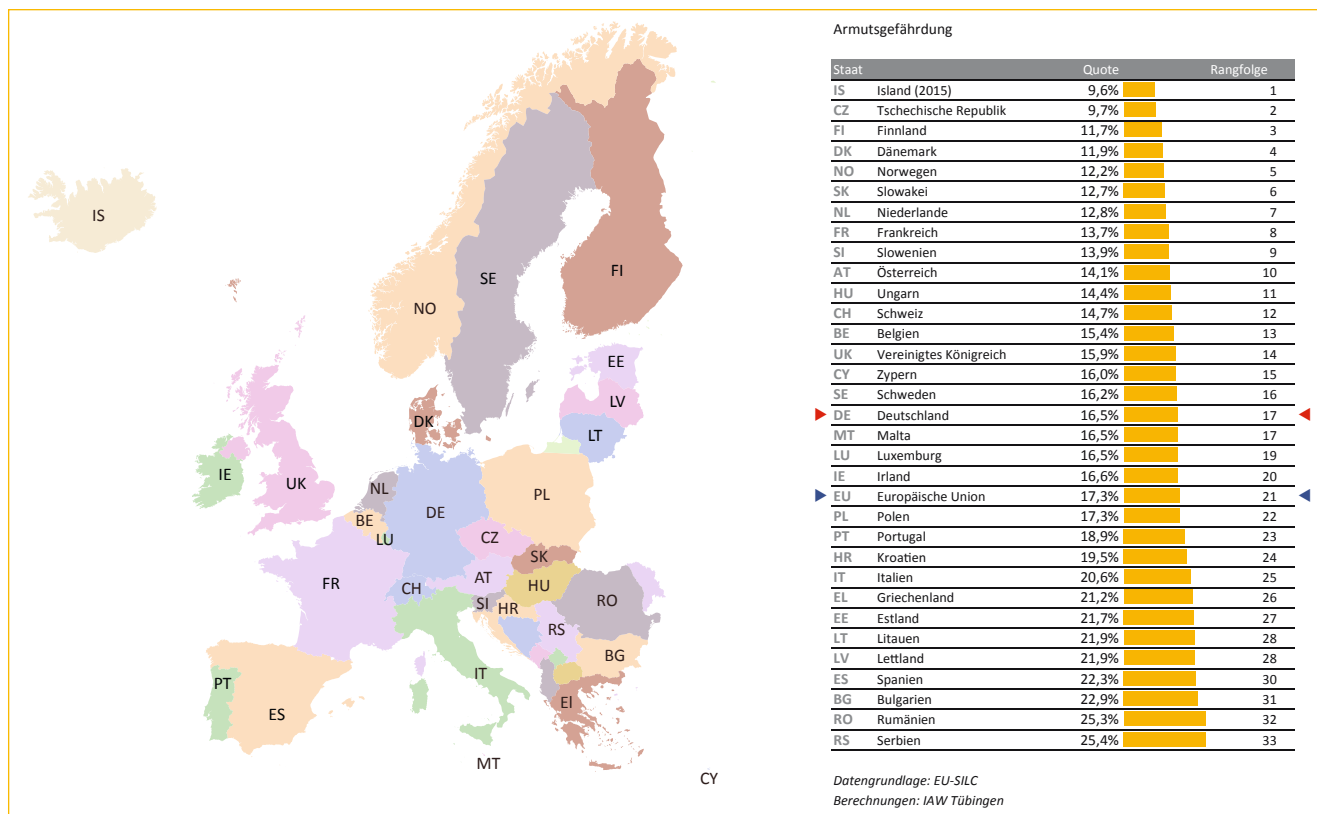


Abb. 5 »Armutsgefährdung im europäischen Vergleich«

© Rolf Kleimann 2018

wird, deutet ein Monatseinkommen von etwa 1.000 Euro bei einer Person »im besten Alter« auf eine misslungene Erwerbs(bio)graphie hin (vgl. Krämer 1997).

Zweiter Indikator: Erhebliche materielle Deprivation

Konzeption

In der aktuellen Armutsforschung kommen im Wesentlichen zwei Konzepte zur Anwendung: Dies ist zum einen der **einkommensbasierte Ansatz**, der Armut als das Unterschreiten einer relativ zum Medianeinkommen der Bevölkerung definierten Einkommensgrenze misst, zum anderen die **materielle Deprivation**, die Armut als das unfreiwillige Fehlen wesentlicher Grundgüter und Dienstleistungen konzeptualisiert. Beide Ansätze interpretieren mithin Armut als das Unterschreiten gesellschaftlicher Standards von Normalität, sei es des Einkommens oder des Bedarfs an bestimmten Gütern bzw. von Dienstleistungen. Beide Konzepte gehen von einem relativen Verständnis von Armut aus. Die ersten Ansätze zur Operationalisierung einer »Materiellen Deprivation« stammen von Peter Townsend aus den späten 70er Jahren. Townsends damaliger Deprivations-Index verrechnete die vier Attribute Arbeitslosigkeit, fehlender Immobilienbesitz, fehlender Kfz-Besitz und Überbelegung der Wohnung zu einer Kennzahl, deren Höhe den Grad der individuellen Deprivation abbilden sollte. Für die Untersuchung »Poverty in the United Kingdom« wurde dieser Ansatz deutlich erweitert. Hier wurde entlang von elf verschiedenen Dimensionen der Lebensbedingungen der Befragten mittels einer Itematterie von 60 Positionen vermessen. War die Auswahl der Items bei Townsend noch eine ad hoc-Setzung, so haben sich die Selektionsverfahren für die hier zu verwendenden Items seither stetig weiterentwickelt. Das Gleiche gilt für die wechselseitige Verrechnung der Komponenten und eine weitergehende Differenzierung der Antwortmöglichkeiten, die

zunehmend über eine reine »Ja/Nein«-Option hinausgehen. Mack und Lansley erweitern Townsends Ansatz dahingehend, dass gefragt wurde, ob der Verzicht auf ein Attribut, wie etwa das Auto, aus finanziellen Gründen erfolge oder weil man keine Verwendung dafür habe. Diese Technik der Fragestellung, die erst nach dem Gut oder der Dienstleistung und dann nach den Gründen für das mögliche Nichtvorhandensein fragt, findet sich in allen aktuellen Befragungen zum Thema wieder.

»Erhebliche« materielle Deprivation (»Severe Material Deprivation«)

Nach dem EUROSTAT-Konzept liegt eine erhebliche materielle Deprivation dann vor, wenn mindestens vier der folgenden neun Kriterien erfüllt sind:

1. Finanzielles Problem, die Miete oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen.
2. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.
3. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können.
4. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können.
5. Fehlen eines Telefons im Haushalt aus finanziellen Gründen.
6. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt aus finanziellen Gründen.
7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt aus finanziellen Gründen.
8. Fehlen eines Pkw im Haushalt aus finanziellen Gründen.
9. Finanzielles Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe (hier nennt der Interviewer einen länderspezifischen Betrag) aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können.

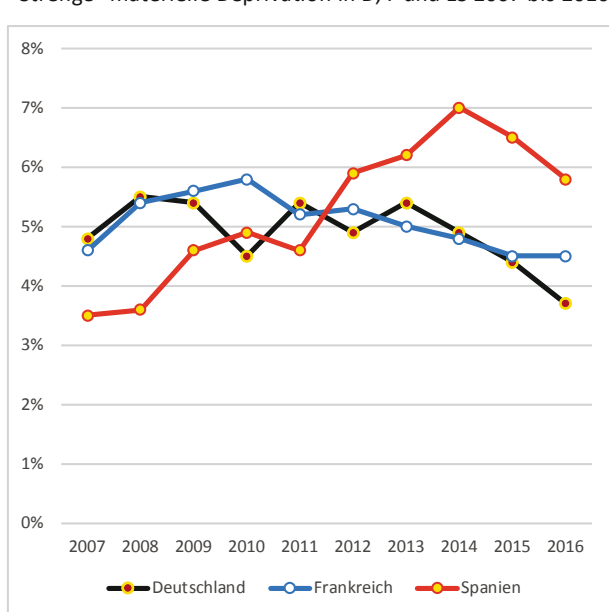
Abb. 7 gibt einen Eindruck, wie häufig die Deprivations-items im Jahre 2016 in Deutschland genannt wurden. Die unterschiedliche Länge der Balkendiagramme deutet bereits die sehr unterschiedli-

che Resonanz auf die einzelnen Items an. Telefonanschlüsse, Fernsehgeräte und Waschmaschinen sind zumindest in Deutschland bereits derart selbstverständlich, dass der Anteil der Bevölkerung, der sich derartige Güter nicht leisten zu können glaubt, unterhalb der Nachweisgrenze liegt. Mit Abstand am häufigsten werden die fehlenden Mittel genannt, unerwartete Ausgaben aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können, gefolgt von der fehlenden Möglichkeit, jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.

Im Gegensatz zur einkommensbasierten Armutsgefährdung ist die Entwicklung beim Indikator »erhebliche materielle Deprivation« in Deutschland zuletzt rückläufig. Bewegten sich die Werte 2007 bis 2013 noch in einem engen Korridor um die 5 Prozent-Marke, gingen die Werte ab 2014 kontinuierlich bis auf zuletzt 3,7 Prozent zurück (Abb. 6). Frankreich weist einen ganz ähnlichen, aber etwas glatteren Verlauf auf. In Spanien sehen wir dagegen eine rasante Zunahme von 3,5 Prozent auf 7 Prozent zwischen 2007 und 2014. Erst in den letzten beiden Jahren des Betrachtungszeitraums sank hier die Quote der erheblichen materiellen Deprivation auf einen Wert knapp unter 6 Prozent.

Im Vergleich der EU-Länder sehen wir bei der Materiellen Deprivation eine sehr viel größere Spannweite als bei der Armutsgefährdung. Während in den skandinavischen Ländern, Luxemburg und der Schweiz Werte von höchstens 2 Prozent ausgewiesen werden, würde etwa in Bulgarien beinahe jeder Dritte als im strengen Sinne als materiell depriviert gelten (Abb. 8). Der Mittelwert für die Europäischen Union liegt mit 7,6 Prozent doppelt so hoch wie in Deutschland (3,7 Prozent).

„Strenge“ materielle Deprivation in D, F und ES 2007 bis 2016



Strenge materielle Deprivation: Relativer Anteil derjenigen an der Gesamtpopulation, die mindestens vier der neun Deprivationskriterien erfüllen.

Abb. 6 »Erhebliche Deprivation in Deutschland, Frankreich und Spanien 2007–2016«

© Rolf Kleimann 2018

Häufigkeit, mit der einzelne Items zur Bestimmung Materieller Deprivation in Deutschland auftreten.

Deprivationsmerkmal	2016	zum Vergleich: 2011
1a Rückstand: Kredite	1,6%	2,4%
1b Rückstand: Strom etc	3,0%	3,8%
1c Rückstand: Ratenzahlungen	1,2%	1,2%
1 Zahlungsrückstände insgesamt	4,3%	5,5%
2 keine Reisemöglichkeit	18,2%	22,6%
3 keine ausreichende Ernährung	6,4%	8,8%
4 unerwartete Ausgaben	29,6%	34,3%
5 Telefon	0,0%	0,3%
6 Fernsehgerät	0,0%	0,4%
7 Waschmaschine	0,0%	0,5%
8 Auto	6,6%	7,7%
9 angemessene Heizung	3,7%	5,2%
Drei Items liegen zugleich vor	9,6%	12,4%
Vier Items ...	3,7%	5,3%
Fünf Items ...	0,9%	1,9%

Datenquelle: EU-SILC

Berechnungen: IAW

Abb. 7 »Häufigkeit des Auftretens einzelner Items materieller Deprivation«

© Rolf Kleimann 2018

Kritik am Konzept

Auch das Konzept der Materiellen Deprivation ist nicht frei von methodischen Schwächen. Als erstes fällt auf, dass die einzelnen Deprivationsmerkmale gleichwertig in die Verrechnung des Indikators »Materielle Deprivation« eingehen. Die Befragten würden hier wahrscheinlich manche Merkmale stärker, andere weniger stark gewichten. Dies wird deutlich bei Frage 4. Die Möglichkeit, »angemessen heizen zu können«, hat einen engen geographischen Bezug. In den nördlichen Ländern der EU wiegt dieses Merkmal schwerer als im Mittelmeerraum. Hier stellt sich folglich die Frage, inwieweit dadurch internationale Vergleiche tangiert bzw. eingeschränkt werden.

Vergleiche mit anderen deutschen Surveys, die ähnliche Inhalte abfragen wie z. B. das »Sozio-ökonomische Panel« (SOEP) oder das Panel »Arbeitsmarkt und soziale Sicherung« (PASS) zeigen, dass bereits kleine Unterschiede in der Frageformulierung zu abweichendem Antwortverhalten führen. Um wieviel stärker muss dann der Effekt unterschiedlicher Sprachen in den Fragebögen der EU-Mitgliedsländer sein? Auch der Eurobetrag, der in Frage 9 explizit während des Interviews genannt wird, hat in jedem Land eine andere Höhe. In Deutschland sind es 980 Euro, in der Schweiz dagegen 2.500 Franken (d. h. mehr als 2.000 Euro), also deutlich mehr.

Einzelne Items sind u. U. missverständlich formuliert. Dieser Eindruck entsteht unter anderem dadurch, dass bei manchen Deprivationsmerkmalen ein auffallend hoher Anteil gut und sehr gut Verdienender angibt, sich das jeweilige Gut oder die Dienstleistung finanziell nicht leisten zu können. Adjektive wie »hochwertig« oder »angemessen« werden je nach finanzieller Lage der Haushalte mit Sicherheit anders interpretiert.

Viele Güter und Dienstleistungen, die vor einem oder zwei Jahrzehnten als Luxus galten, sind heute selbstverständlich. Man denke nur an das Mobiltelefon und zahlreiche Internetdienste. Diese technische und ökonomische Entwicklung tangiert natürlich auch die Auswahl der Deprivationskriterien. Manche der seit zwölf Jahren erhobenen Items sind inzwischen vollkommen selbstverständlich geworden, andere für viele heutzutage wichtige Kommunikationsmöglichkeiten, wie etwa ein eigener Internetzugang, fehlen dagegen. Eine Anpassung der Deprivationskriterien in EU-SILC ist bereits in Vorbereitung. Damit verliert dieser Indikator erheblich an Aussagekraft, weil zeitliche Vergleiche nur noch sehr eingeschränkt möglich sein werden.

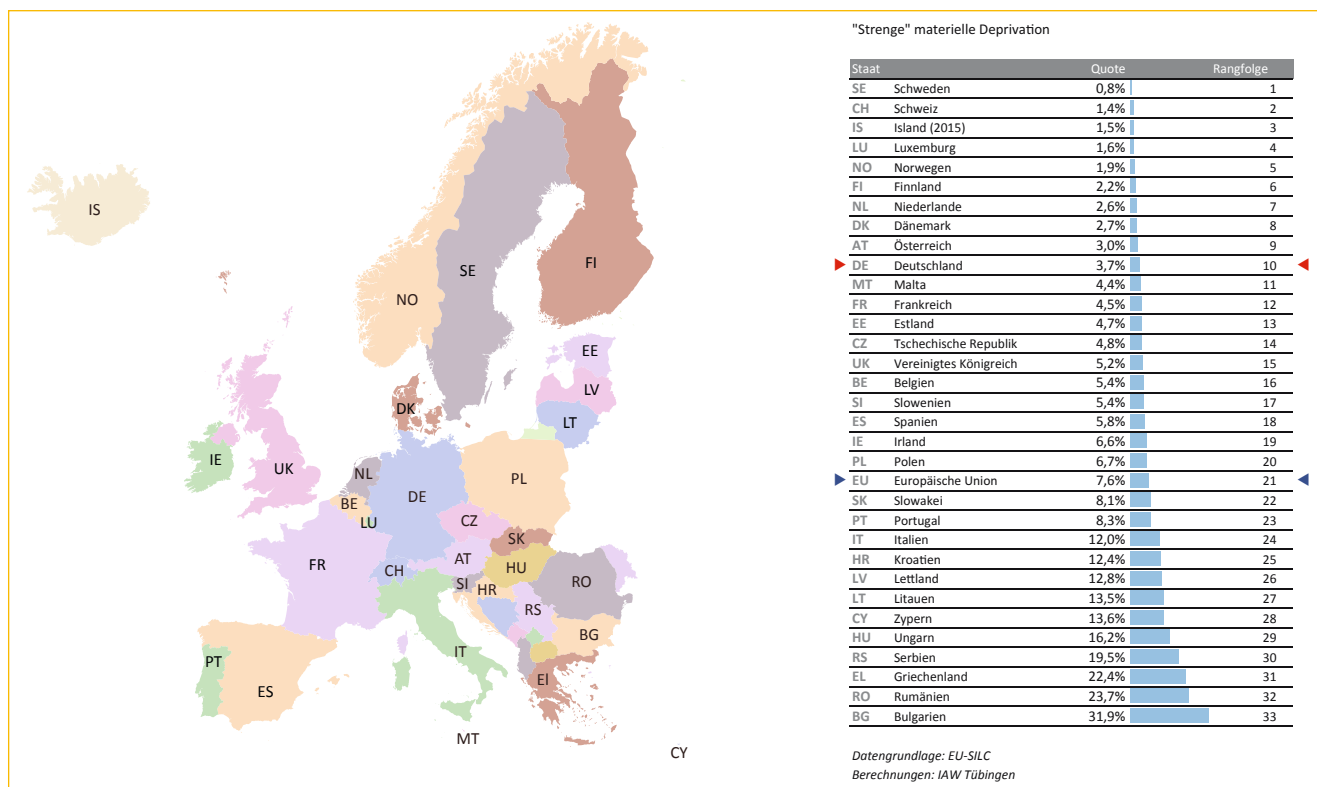


Abb. 8 »Erhebliche materielle Deprivation im europäischen Vergleich«

© Rolf Kleimann 2018

Dritter Indikator: Geringe Erwerbsintensität der Haushalte

Konzeption

Das Armutsrisiko von Erwerbstätigen ist grundsätzlich niedriger als das der Nichterwerbstätigen. Erwerbstätigkeit kann daher als wirkungsvolle Absicherung gegen Armut interpretiert werden. Der Indikator für Personen in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität erfasst Personen im erwerbsfähigen Alter, die in Haushalten leben, in denen erwachsene Haushaltsmitglieder im Jahr vor der Erhebung eine Erwerbstätigkeit im Umfang von weniger als 20 Prozent ihres gesamten Erwerbspotenzials ausübten; diese Personen sind häufiger von sozialer Ausgrenzung betroffen. Als Personen im erwerbsfähigen Alter gelten Personen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren, mit Ausnahme von Schülern und Studenten zwischen 18 bis 24 Jahren. Eine Familie mit Kindern, in der beispielsweise nur der Ehemann halbtags arbeitet und die Ehefrau keiner Tätigkeit nachgeht, fiel also noch nicht in diesen Personenkreis.

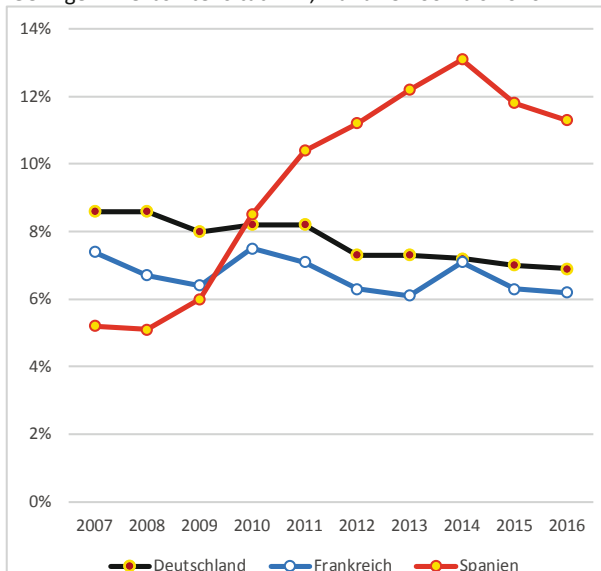
Entwicklung

Die Liniengraphik in Abbildung 9 zeigt, dass es in Deutschland und Frankreich 2016 zwischen 6 Prozent und 7 Prozent der Bevölkerung in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität leben. Die Tendenz seit 2007 ist fallend, in Deutschland waren die Werte in allen Jahren etwas höher. Gänzlich anders ist die Lage in Spanien. Hier sehen wir seit 2009 einen rasanten Anstieg dieses Indikators, von 6 Prozent auf 13 Prozent in 2014. Seit 2015 sinken die Indikatorwerte wieder. Im europäischen Vergleich sehen wir eine Spannbreite von etwa 4 Prozent (Island, Estland, Schweiz) bis knapp unter 16 Prozent (Serbien) für den Anteil der Personen in Haushalten mit sehr geringer Erwerbsintensität. Der EU-Wert liegt bei knapp 8 Prozent, der Wert für Deutschland liegt etwa einen Prozentpunkt darunter.

Kritik

Es ist offensichtlich, dass eine nur geringfügige oder keine Erwerbstätigkeit nicht unbedingt eine soziale Notlage impliziert. Der Indikator erfasst ja auch Personen, deren finanzielle Lage nicht erfordert, dass sie oder andere Haushaltsmitglieder erwerbstätig sind.

Geringe Erwerbsintensität in D, F und ES 2007 bis 2016



Geringe Erwerbsintensität : Relativer Anteil derjenigen an der Gesamtpopulation, die in Haushalten leben, deren Erwerbsintensität nur 20% oder weniger beträgt.

Abb. 9 »Geringe Erwerbstätigkeit in Deutschland, Frankreich und Spanien 2007–2016«

© Rolf Kleimann 2018

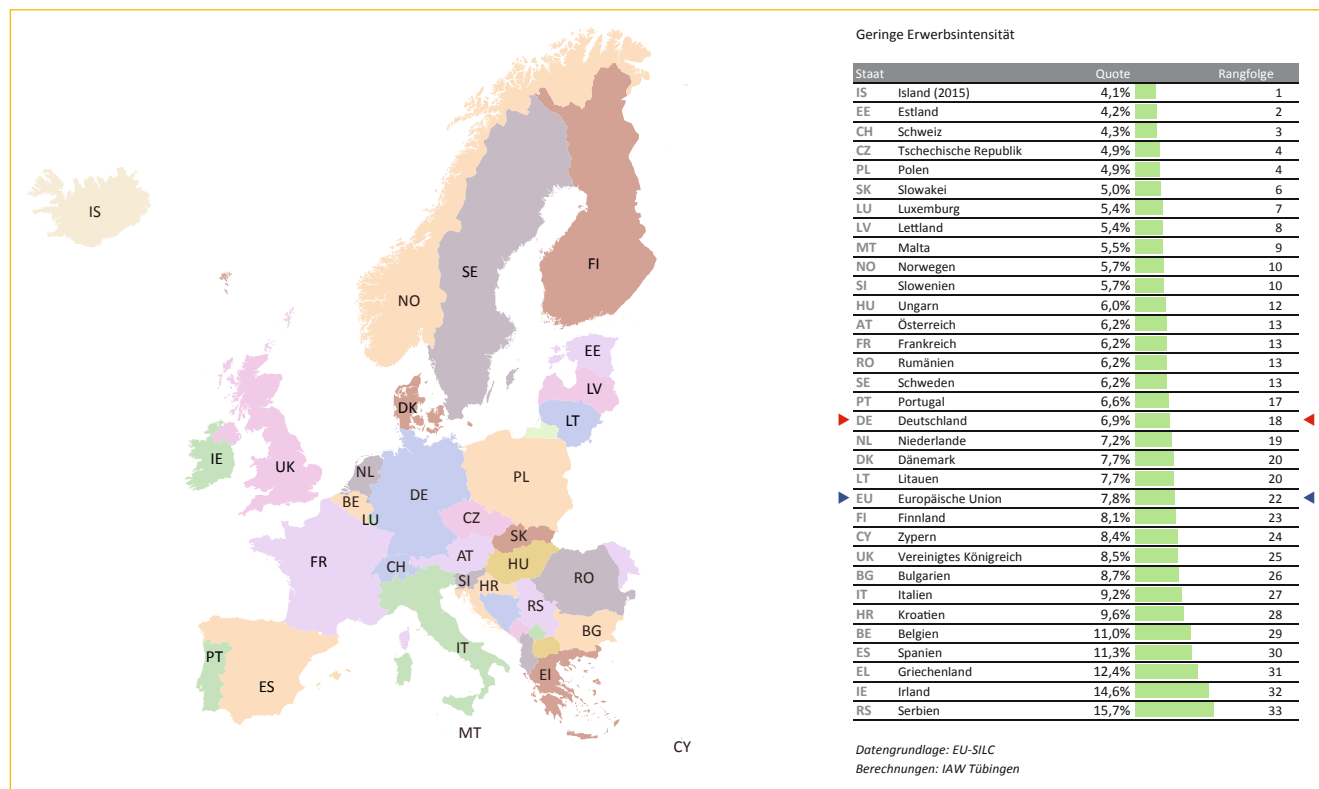


Abb. 10 »Geringe Erwerbstätigkeit im europäischen Vergleich«

© Rolf Kleimann 2018

Gemeinsame Betrachtung der EU 2020 Indikatoren

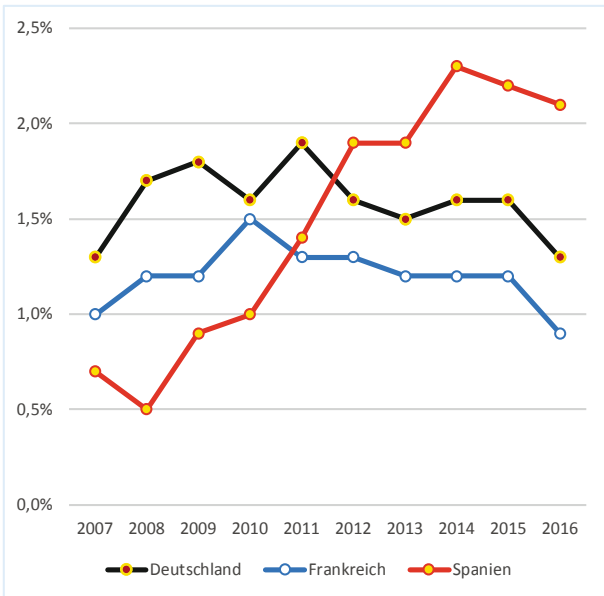
Das eingangs vorgestellte Venn-Diagramm (Abb. 2) zeigte, wie sich die Personenkreise überschneiden, die von den einzelnen EU 2020 Indikatoren identifiziert werden. Laut EU-SILC-Befragung von 2016 waren in Deutschland knapp 20 Prozent der Bevölkerung von einem der drei Deprivationsmerkmale betroffen. Hieraus sollte keineswegs der Schluss gezogen werden, dass jeder fünfte In Deutschland depriviert wäre oder gar staatlicher Fürsorge bedürfte. Insbesondere im Bereich des Armutsrisikos und der geringen Erwerbsintensität sind die Definitionen sehr viel weitergefasst als das übliche Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung. Betrachtet man dennoch diesen sehr breit definierten Personenkreis, der zumindest ein Deprivationsmerkmal aufweist, sehen wir in Deutschland eine bemerkenswerte Konstanz. Seit 2007 pendelt der Wert um die 20 Prozent-Marke. Entsprechend zeigen sich bei 80 Prozent der deutschen Bevölkerung keinerlei Deprivationsmerkmale (Abb. 11). Die Entwicklung in Frankreich verlief parallel und etwas günstiger als in Deutschland. Spanien dagegen zeigt auch bei der gemeinsamen Betrachtung den Abwärtstrend bis 2014. Von da an besserte sich die Lage, dennoch sehen wir einen großen Abstand zu Deutschland und Frankreich. Mit einem Wert von 80,3 Prozent sehen wir Deutschland auf Rang 13 unter den Europäischen Staaten. In der gesamten EU 76,5 Prozent der Bevölkerung frei von Deprivationsmerkmalen. Zuletzt betrachten wir den Personenkreis, der alle drei Kriterien der EU 2020 Indikatoren zugleich erfüllt, die Armutsgefährdung, die Gefahr der erheblichen materiellen Entbehrung und das Leben in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsintensität. Dies traf 2016 auf 1,3 Prozent der deutschen Bevölkerung zu, was etwa einer Million Personen entspricht (Abb. 12). Die Verlaufskurve zeigte seit 2007 einen leichten Bogen, 2010 wurde die 2 Prozent-Marke beinahe berührt. Erwartungsgemäß zeigt auch hier Frankreich etwas geringere Prozentwerte. Überdeutlich auch hier: die Entwicklung in Spanien. Der Kreis der mehrfach deprivierten vervierfachte sich seit 2008.

In neun der 32 betrachteten Länder weist weniger als einer von hundert Einwohnern alle drei Deprivationsmerkmale zugleich auf. Deutschland liegt mit einem Anteil von 1,3 Prozent im Mittelfeld und noch vor dem Mittelwert aller Staaten der Europäischen Union (1,7 Prozent). Am unteren Ende der Liste steigen die Anteile deutlich an. Hier sehen wir Bulgarien, Serbien und Griechenland mit 5 Prozent und mehr (Abb. 12).

Literaturhinweise

- Booth (1889): *Life and Labour of the People in London*.
- Ebert / Moyes (2003): *Equivalence Scales Reconsidered*. *Econometrica*, 71: 319–343. doi:10.1111/1468-0262.00397.
- Fuchs (1968): *Redefining Poverty and redistributing Income*.
- Krämer (1997): *Statistische Probleme bei der Armutsmessung*. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1997, ISBN 3-7890-5120-9.
- Rowntree (1901): *A Study of Town Life, London*.
- Townsend (1979): *Poverty in the United Kingdom – A Survey of Household Resources and Standards of Living*.
- Van Praag et al (1988): *Household Cost Functions and Equivalence Scales*, *Journal of Human Resources*, 23/2: 193–210.

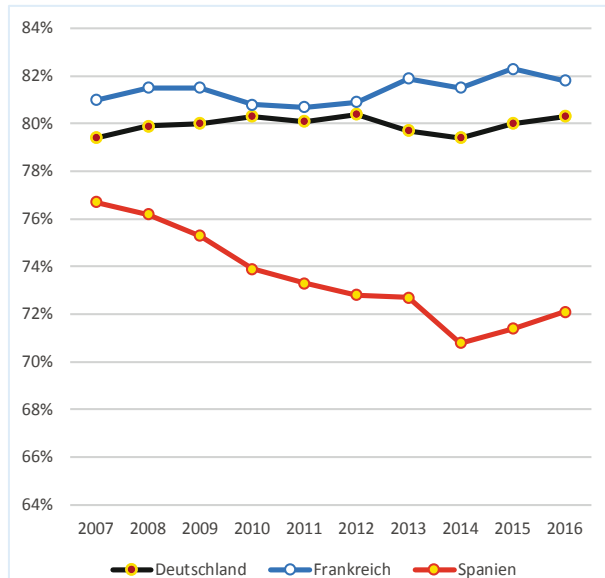
Gemeinsames Auftreten aller drei Merkmale
der EU 2020 Indikatoren in D, F und ES 2007 bis 2016



Relativer Anteil derjenigen an der Gesamtpopulation, die alle drei Kriterien der EU 2020 Indikatoren zugleich erfüllen.

Abb. 11 »Gemeinsames Auftreten aller drei Merkmale in Deutschland, Frankreich und Spanien 2007–2016«
© Rolf Kleimann 2018

Kein Merkmal der EU 2020 Indikatoren
trifft zu in D, F und ES - 2007 bis 2016



Relativer Anteil derjenigen an der Gesamtpopulation, die keines der Kriterien der EU2020 - Indikatoren erfüllen.

Abb. 13 »Kein Merkmal der EU 2020 Indikatoren in Deutschland, Frankreich und Spanien 2007–2016«
© Rolf Kleimann 2018

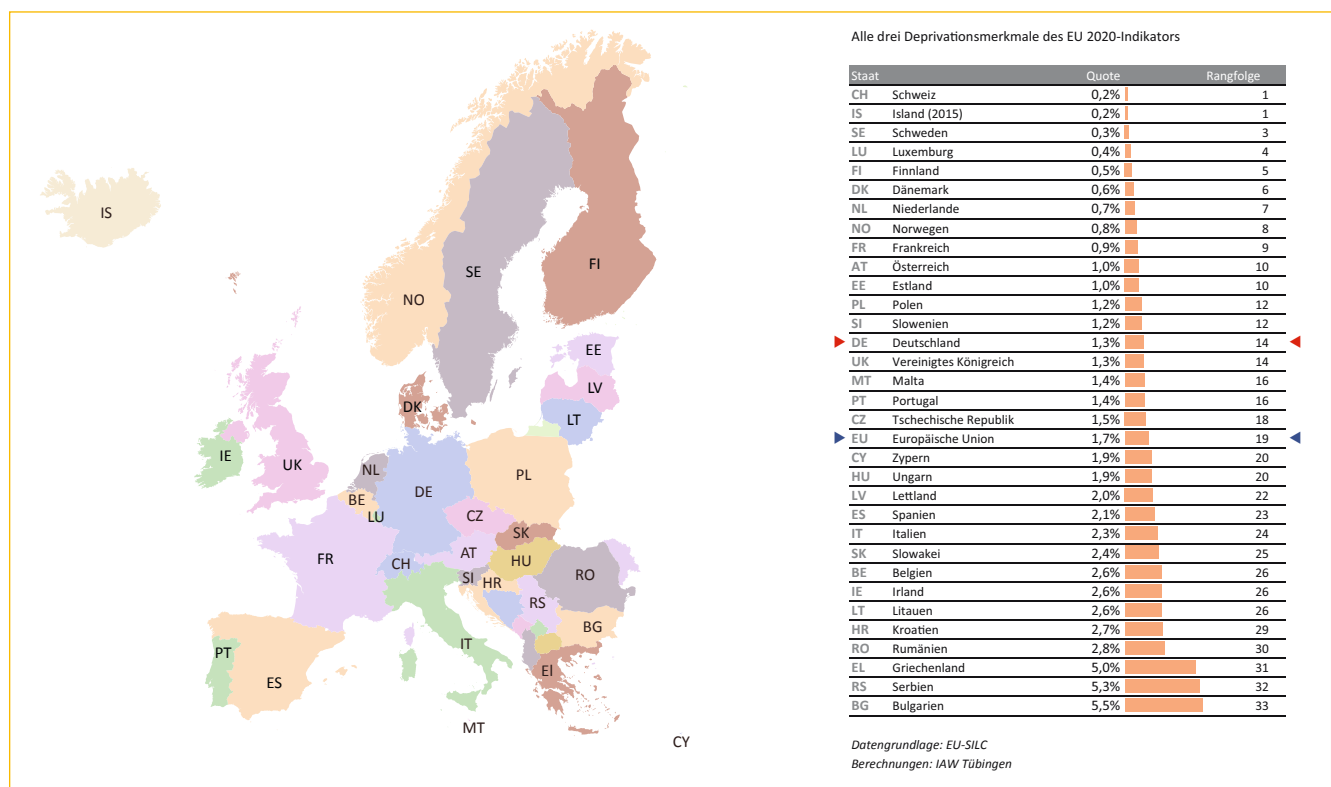


Abb. 12 »Gemeinsames Auftreten aller drei Merkmale im europäischen Vergleich«

© Rolf Kleimann 2018

MATERIALIEN

M 1 Thomas Schmidt: »Am Armutsbegriff entzündet sich der Streit«,
Esslinger Zeitung, 3.3.2017, S. 3

Armut-Alarm in der Bundesrepublik? 16 von 100 Menschen sind bedroht, fast 13 Millionen insgesamt. »Höchststand seit der Wiedervereinigung!«, erklärt Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, bei der Vorstellung des neuen Armutsberichts, den insgesamt zehn Sozialorganisationen gemeinsam verfasst haben. »Es ist ein zunehmender Trend. Die wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich schon lange nicht mehr im Sinken der Armut wieder.«

Deutschland, das Land der Abgehängten und Verlierer? So sehen es längst nicht alle, deswegen wird der Bericht zum Politikum. Wahlkampfmunition für den SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, der das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes gerückt hat, finden die Sozialdemokraten. Der Armutsbericht sei »die Bestätigung, dass Martin Schulz nicht irgendeine Fantasiediskussion führt«, sagte der ehemalige SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion.

Experten und Unionspolitiker halten dagegen: »Unter verzerrter Darstellung der Fakten wird eine alarmistische Stimmung geschürt«, wirft der Chef des Münchner IFO-Instituts, Clemens Fuest, im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion den Verfassern des Berichts vor, verweist darauf, dass es heute eine Millionen Menschen weniger in der Mindestsicherung gibt als vor zehn Jahren. Scharfe Kritik übt auch Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU): »Unsere Nachbarländer reiben sich verwundert die Augen, wie man auf so hohem Niveau noch klagen kann. Für mich ist das Wahlkampf pur: Lieber Neid Diskussionen anzetteln als ein bisschen stolz auf das Erreichte blicken!«, sagte er im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion.

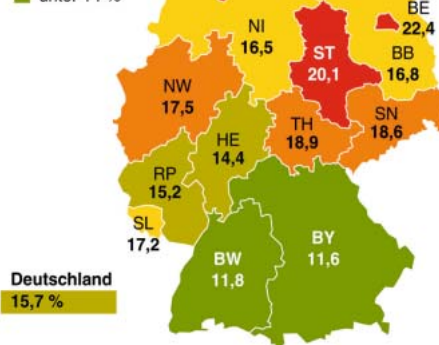
Der Streit über den Bericht entzündet sich unter anderem am Armutsbegriff: die Verbände stufen alle Menschen als »arm« ein, deren Einkommen unter 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens liegt. Die Daten kommen vom Statistischen Bundesamt, das Menschen an dieser Schwelle als »armutsgefährdet« einstuft. Sie liegt für Singles bei einem Nettoeinkommen von knapp 1.000 Euro, für ein Paar mit einem Kind bei 1.700 Euro.

Im neuen Armutsbericht wurde die Entwicklung von 2005 bis 2015 verfolgt. In den zehn Jahren stieg die Quote von 14,7 auf 15,7 Prozent an. Wobei sich die Regionen ganz unterschiedlich entwickelten: in allen ostdeutschen Ländern außer Berlin ging die Armutsquote zurück, in allen westdeutschen Bundesländern außer Bayern und Hamburg stieg sie merkbar an. Das Ruhrgebiet und Berlin seien nun »die armutspolitischen Problemregionen Deutschlands«, heißt es im Bericht, auch wenn die Quote in Gesamt-NRW bei 17,5 Prozent stabil geblieben ist. Als »alarmierend« wird die Armutsentwicklung der Rentnerinnen und Rentnern eingestuft, hier stieg die Quote von 10,7 auf 15,9. Von einer »Lawine der Altersarmut« sprach Wolfram Friedersdorf, der Präsident der Volksolidarität. »Es ist schon beängstigend, wie mit Älteren in der Gesellschaft umgegangen wird.« Die Zahlen der Studie belegten die Trends vieler anderer Erhebungen, sagte der frühere SPD-Vorsitzende Kurt Beck. »Es ist eine dringende Aufgabe, unsere Gesellschaft wieder zusammenzuführen«, erkennt er darin Argumentationshilfe für den Wahlkampfschwerpunkt von SPD-Kanzlerkandidat Schulz. Auch die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast, sieht sich in der Forderung nach »weiteren Schritten in der Armutsbekämpfung« bestätigt, etwa durch einen »so-

Armutsbericht Deutschland

Armutsquoten* 2015

- über 20 %
- 17,5 - 19,9 %
- 16,0 - 17,4 %
- 14,0 - 15,9 %
- unter 14 %



* Anteil der Personen, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung Deutschlands auskommen mussten

Quelle: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Statistikämter des Bundes und der Länder

dpa•26333

M 2 »Armutsbericht Deutschland – der Wohlfahrtsverbände«

© dpa Infografik

zialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung«, wie sie im Gespräch mit unserer Berliner Redaktion sagte.

Ist die Entschärfung der »Agenda 2010« das Gebot der Stunde, wie Schulz sie einfordert? »Im Gegenteil«, sagt IFO-Chef Fuest: »der Armutsbericht zeigt, dass Arbeitslosigkeit das größte Armutsrisiko ist. Die Agenda 2010 hat dazu beigetragen, dass sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland halbiert hat.«

Und CDU-Mann Fuchs vom Unions-Wirtschaftsflügel betont: »Die verfügbaren Einkommen steigen kräftig, es gibt substanzielle Rentenerhöhungen. Es wäre gut, wenn auch der Paritätische Wohlfahrtsverband sich einmal positiv dazu äußern könnte.« Stattdessen werde »das alte Lied wachsender Ungerechtigkeit« gesungen. Wer jeden für arm erkläre, der weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erziele, »wird die Armutsquote lediglich dadurch senken können, dass er Einheitsgehälter verordnet, und zwar vom ungelernten Arbeiter bis zum Facharzt«.

© Thomas Schmidt: »Am Armutsbegriff entzündet sich der Streit«, Esslinger Zeitung, 3.3.2017, S. 3

M 3 Heribert Prantl: »Welche Gerechtigkeit meint ihr?«,
Süddeutsche Zeitung, 9.4.2017

Schon lange ging es nicht mehr so gerecht zu in Deutschland wie heute – verbal jedenfalls. Wer Martin Schulz hört und die Reaktionen der politischen Konkurrenten, wer die Wahlprogramme der Parteien liest oder die Entwürfe dazu, wer die TV-Talkshows sieht, der hat den Eindruck: Lange ist in Deutschland nicht mehr so viel von sozialer Gerechtigkeit geredet worden wie heute.

Das stimmt aber nicht: Bereits 2005, im Wahlkampf also, der Kanzler Schröders »Agenda 2010« folgte, war »gerecht« eines der beliebtesten Adjektive. Und als im August 2007 die große Finanzkrise begann, wurde das Wort noch beliebter. Das heißt: Das Reden von der Gerechtigkeit stand schon am Beginn der Ära von Angela Merkel, die seit 2005 regiert. Im Grundsatzprogramm der CDU von 2007 ist die Gerechtigkeit ein schwarzer, im Grundsatzprogramm der SPD von 2007 ist sie der große rote Faden, allerdings noch nicht so oft in der Wortkombination »soziale Sicherheit« wie heute beim SPD-Kanzlerkandidaten. Er proklamiert eine »Zeit für mehr Gerechtigkeit«. Die neue Parole ist – die alte.

Was also hat sich eigentlich geändert im Wahlkampf von 2017? Es sind zwei Dinge. Erstens: Diesmal sind, anders als früher, die Kassen des Staates voll; es gibt Haushaltsüberschüsse in Milliardenhöhe, die für kostenlose Bildung, Kita-Plätze oder Steuerensenkungen verwendet werden können; das wäre die Konkretisierung der sozialen Gerechtigkeit. Und zweitens: Es gibt eine Partei, die AfD, die es in den früheren Wahlkämpfen noch nicht gab. Die AfD wird der sogenannten rechtspopulistischen Bewegung in Europa zugerechnet, die sich an die kleinen Leute wendet und ihnen verspricht, dass sie wieder mehr gehört, gesehen und beachtet werden – und die dieses Versprechen mit Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit verbindet.

In Frankreich haben die Rechtspopulisten der Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen damit schon großen Erfolg. Ihre Partei, der »Front National«, ist die größte Arbeiterpartei geworden; sie hat viele Wähler angezogen, die früher die linken Parteien und die Gewerkschaften für sich reklamierten. Das bringt in Deutschland die SPD unter ihrem neuen Vorsitzenden Martin Schulz dazu, die alten Schlüsselwörter der Sozialdemokratie wieder mit neuer Leidenschaft zu rufen: Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit. (...) In der Union hätte der alte Strategie Heiner Geißler gern, dass der Schlachtruf »Freiheit oder Sozialismus« (das war die Parole der CDU im Wahlkampf von 1976) nun umgewandelt wird in »Kapitalismus oder Solidarität«. Diese Formulierung sei nun allerdings, wie er bedauert, nicht von seiner Partei, sondern von Sahra Wagenknecht von der Linken aufgegriffen worden.

Wenn Gerechtigkeit eine Tugend ist, die jedem das gibt, was ihm gebührt, wem gebührt dann ein Wahlsieg? Dem besten Rhetoriker? Gerechtigkeitsrhetorik hat der Wähler nun schon sehr lange gehört. Es geht nun um den praktischen Umgang mit Schlüsselwörtern, die nicht umsonst so heißen: Wenn man sie nur wie einen alten Schlüsselbund an den Gürtel hängt, dann sind sie erst einmal Klapper- und Klackerwörter. Geräusche zu machen ist aber nicht die Funktion von Schlüsseln. Wichtig ist, ob man damit Türen aufsperrt und welche Türen es sind. Gerhard Schröder hat die Gerechtigkeits-Wörter durchaus benutzt, sie aber zur Dekoration einer ganz anderen Politik verwendet, die auf das »einwandfreie Spiel der Marktkräfte« vertraute (so das Schröder-Blair-Papier von 1998) und die soziale Gerechtigkeit an den Markt delegierte. Schröder betrieb, so seine Kritiker, den sozialdemokratischen Anschluss an das globale neoliberale Projekt.

Schon seit 1999 gab es in der SPD Widerstand gegen die Schröder-Linie. (...) Wolfgang Thierse, damals Bundestagspräsident, plädierte schon im September 1999 dafür, das Thema soziale Ge-



M 5 »Uns geht es doch gut!«

© Gerhard Mester 10.12.2012

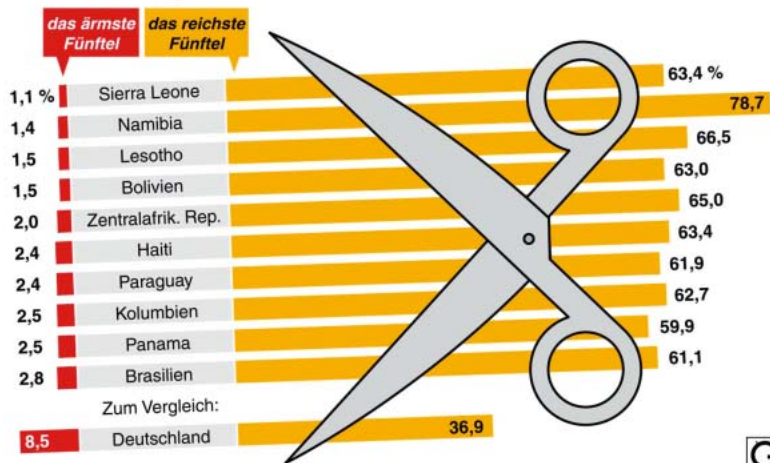
rechtigkeit »von der PDS zurückzuholen«. Und als Hans-Jochen Vogel im Jahr 2011 85 Jahre alt wurde, war sein Geburtstagswunsch an seine SPD, die soziale Gerechtigkeit wieder ernster zu nehmen: »Ich bin für die Wiedereinführung der Vermögensteuer, um die Schere zwischen Arm und Reich etwas zu schließen.« Er traute offenbar der bloßen Gerechtigkeitsrhetorik nicht. (...) Im Wahlprogramm der NRW-SPD steht die Vermögensteuer. Die SPD-Linken will sie selbstredend auch, dazu eine Reform der Erbschaftsteuer und einen höheren Spitzensteuersatz. Die CDU und CSU dagegen wollen die Vermögensteuer partout nicht. Horst Seehofer hat »die größte Steuerensenkung in der Geschichte der Bundesrepublik« angekündigt, von einer »Agenda 2025« ist auch schon die Rede. (...) Die Vermögensteuer kann das Thema sein, an dem sich die Geister scheiden. Das Bundesverfassungsgericht hat die Vermögensteuer nicht, wie häufig behauptet, 1995 für verfassungswidrig erklärt. Es hat lediglich erklärt, dass diese Steuer aus verfassungsrechtlichen Gründen nur an die möglichen Vermögenserträge anknüpfen dürfe. Ansonsten würden Steuerpflichtige mit Geldvermögen gegenüber Grundeigentümern benachteiligt, weil Immobilien nicht mit dem Verkehrswert, sondern mit dem viel niedrigeren Einheitswert besteuert werden. Das Gericht setzte dem Gesetzgeber zur Behebung dieser Ungleichheit eine Frist bis Ende 1996. Der setzte jedoch die Erhebung der Vermögensteuer einfach aus. Dabei ist es bis heute geblieben.

Georg Cremer, der Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes befürchtet, dass im Wahlkampf vorrangig die Gerechtigkeits-themen der Mitte angesprochen und die Belange der Armen rhetorisch missbraucht würden. Das Problem des deutschen Sozialstaats sei es nicht, dass notwendige Hilfen verweigert, sondern dass er das Entstehen von Notlagen nicht verhindert. Dazu aber ist der aktuellen Gerechtigkeitsrhetorik noch nicht so viel eingefallen. Es geht nicht darum, mit dem Wort Gerechtigkeit zu klappern, sondern Gerechtigkeit als Schlüssel zu nutzen und denen die Türen aufzuschließen, die ausgeschlossen sind – von guter Bildung, von guter Wohnung, vom guten Lebensabend, von guter Pflege und von gutem Lohn.

© www.sueddeutsche.de/politik/gerechtigkeits-debatte-schluesel-worte-1.3456526

Die Schere zwischen Arm und Reich

Anteil der Bevölkerung am Einkommen* in Prozent



*oder an den Ausgaben

Quelle: Human Development Report 2007/2008, UNDP

© Globus 2130

M 4 »Die Schere zwischen Arm und Reich im internationalen Vergleich«

© Globus Infografik

M 6 Christoph Butterwegge: »Reiche werden immer reicher, Arme immer zahlreicher«, causa, Tagesspiegel, 19.5.2017

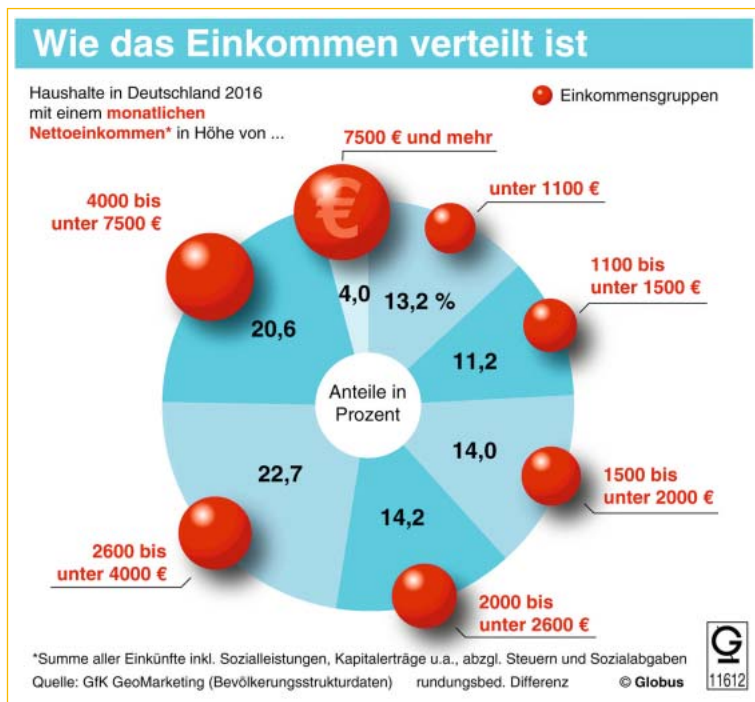
Für soziale Gerechtigkeit braucht es mehr als bloß Chancengerechtigkeit. Teilhabe an Bildung und Gesellschaft muss man sich heute finanziell leisten können. Daher brauchen wir eine Verteilungsgerechtigkeit, die an die Ärmsten denkt und die Hyperreichen stärker in die Verantwortung nimmt.

Die bestehende Verteilungsschieflage kann nur beseitigt werden, wenn wir uns künftig mehr am Ziel der Bedarfsgerechtigkeit orientieren. In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren muss im Vordergrund stehen, was die einzelnen Mitglieder brauchen. Das ist natürlich individuell unterschiedlich – ein Schwerstbehinderter braucht mehr, um sich entsprechende Hilfsmittel oder eine Assistenz zu leisten, als jemand, der kein Handicap und ohnehin genug hat. Deshalb wäre die Herstellung von Bedarfsgerechtigkeit besser als die Beschwörung von Leistungsgerechtigkeit. Letztere hat aber einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft – wobei auch Leistung unterschiedlich aufgefasst wird. Der eine versteht darunter, was Erzieherinnen, Krankenschwestern und Altenpfleger tun. Der andere versteht darunter, was ein Manager macht oder auch das Befolgen guter Tipps eines Anlageberaters an der Börse. Letzteres ist aber keine Leistung. Leistung bedeutet, etwas zu schaffen, was für die Gesellschaft nützlich ist. So verstanden, ist es richtig, wenn Menschen, die mehr leisten, auch besser bezahlt werden. Aber in Deutschland hängt die Bezahlung nicht von der Leistung ab, sondern davon, was der Markt hergibt, was die Verantwortlichen gewähren und vielleicht noch davon, was Gewerkschaften erkämpfen. Es hat allerdings nichts mit Leistung zu tun, einen ganzen Konzern zu erben und auf Grund unserer Steuergesetze dafür nicht einen Cent betriebliche Erbschaftsteuer zu zahlen. Es ist schließlich keine Leistung, der Sohn oder die Tochter eines Milliardärs zu sein.

In meinen Augen müssen wir die Bedarfs- auch der Chancengerechtigkeit vorziehen. Die Chance an sich enthält ja noch nicht das Ergebnis – aber darauf kommt es letztlich an. In einer Gesellschaft, in der Vermögen und Reichtum so ungleich verteilt sind wie in unserer, gibt es keine Chancengerechtigkeit. So hat das Kind einer alleinerziehenden Mutter, die sich im Hartz-IV-Bezug befindet, beispielsweise mit Blick auf die Bildung nie die gleichen Chancen wie das eines Großunternehmers. Da dürfen wir uns nichts vormachen. Dennoch kann es mehr oder weniger soziale Gerechtigkeit auch in einer kapitalistischen Gesellschaft geben. Das hängt davon ab, wie der Reichtum verteilt ist. Es wäre wichtig, mehr Steuergerechtigkeit herzustellen – also die stärker zu belasten, die über große Vermögen und Einkommen verfügen, und diejenigen weniger zu belasten, die dadurch benachteiligt sind, dass sie nichts besitzen.

Es ist auch nicht gerecht, wenn Manager so viel mehr verdienen als sogenannte Normalverdiener. Dennoch wäre es klüger, die unteren Einkommen anzuheben, als die oberen zu begrenzen. Hohe Einkommen müssten dann entsprechend progressiver besteuert werden. Daher wäre es wichtig, wieder eine Vermögensteuer zu erheben – die übrigens nach wie vor im Grundgesetz steht, aber seit 1997 unter der Regierung von Helmut Kohl nicht mehr erhoben wird. (...)

Ungerecht ist die Spar- oder genauer gesagt Austeritätspolitik; meistens wird ja gar nicht gespart, sondern die Lasten werden nur umverteilt. Der Staat entlastet sich auf Kosten derjenigen, die zusätzliche finanzielle Belastungen am wenigsten tragen können. Es müsste stärker investiert werden, denn wir bräuchten eine bessere Verkehrs-, Bildungs- und soziale Infrastruktur. Warum kann der Staat nicht, wie beispielsweise in Skandinavien, allen Kindern



M 7 »Einkommensverteilung der Haushalte in Deutschland 2016«

© Globus Infografik

in Tageseinrichtungen kostenfrei ein warmes Mittagessen zur Verfügung stellen? Warum haben wir keine allgemeine Lehrmittelfreiheit? Weil die politisch Verantwortlichen seit langem Hyperreiche entlasten, indem es ihnen möglich ist, Millionen oder Milliarden Euro an Dividendenzahlungen zu erhalten, ohne die gleiche Steuer zu zahlen wie ein Facharbeiter, der viele Überstunden macht. Während dieser den Spitzensteuersatz von 42 Prozent Einkommensteuer zahlen muss, fallen auf Aktienpakete in aller Regel nur 25 Prozent Kapitalertragsteuer an. Ungerechter könnte es nicht zugehen. Das zeigt, wie nötig es ist, Deutschland sozial gerechter zu machen. (...)

Manche Beobachter meinen, dass der Staat mit Blick auf soziale Gerechtigkeit genug für die Teilhabe aller getan hat, wenn er Kindern den Zugang zu Bildung und Erwachsenen den Zugang zum Arbeitsmarkt sichert. Aber in einer Gesellschaft, die so auf das Geld fixiert ist, geht es nicht in erster Linie um Teilhabe, sondern um eine gerechte Verteilung des Reichtums. Denn für die Teilhabe an sozialen, kulturellen und Bildungsprozessen, also beispielsweise einen Theaterbesuch, braucht man in Deutschland heute viel Geld. Ähnlich ist es mit dem Begriff »Generationengerechtigkeit«, der so tut, als verlief die soziale Scheidelinie in unserem Land zwischen Jung und Alt. Dabei verläuft sie immer noch, ja mehr denn je zwischen Arm und Reich – und zwar in allen Generationen. Einerseits gibt es immer mehr arme Kinder, andererseits erben die Kinder von Familienunternehmern ganze Konzerne, ohne dafür Steuern bezahlen zu müssen. Ebenso gibt es einerseits Hunderttausende arme Rentnerinnen und andererseits viele Menschen, die im Alter hyperreich sind. Soziale Gerechtigkeit muss aber bedeuten, dass Menschen aller Generationen in Würde leben können. Da die Reichen immer reicher und Arme immer zahlreicher werden, geht es nicht um Teilhabe, sondern um Verteilungsgerechtigkeit. Wenn alle vom wachsenden Reichtum der Gesellschaft profitieren, steht ihnen auch die gesellschaftliche Teilhabe frei.

© <https://causa.tagesspiegel.de/politik/was-ist-soziale-gerechtigkeit/reiche-werden-immer-reicher-arme-immer-zahlreicher.html>

M 8 Walter Hamm: »Die Umverteilung bremsen«, FAZ, 18.2.2017, S. 17

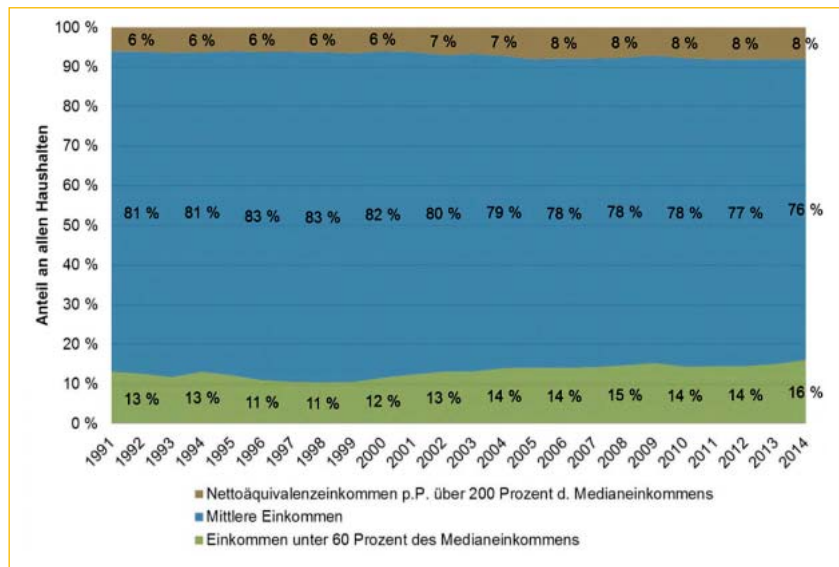
Viele Politiker beschäftigen sich am liebsten mit der Einkommensumverteilung. Sie verlangen höhere Löhne, obwohl sie hierfür im Gegensatz zu den Tarifvertragsparteien kein Mandat haben und keinerlei Verantwortung tragen. Sie treten damit zugleich für schrumpfende Gewinne ein, ohne sich offensichtlich über die Folgen für die Beschäftigung im Klaren zu sein. Sie verlangen mehr Geld für Rentner, Geringverdiener und Arbeitslose aus öffentlichen Kassen, was mit höheren Steuern und Sozialabgaben von den »Reichen« finanziert werden soll. Über die mittel- und langfristigen Wirkungen solcher Forderungen wird offenbar zu wenig oder gar nicht nachgedacht. Um die Folgen sollen sich nachfolgende Regierungen und die künftig Abgabepflichtigen kümmern.

Es ist verführerisch, mehr zu verteilen, als derzeit produziert wird. Die finanziellen Fehlbeträge in den öffentlichen Kassen lassen sich noch mit steigenden Schulden decken, die von der Europäischen Zentralbank großzügig gewährt werden. Die bereits überschuldeten südeuropäischen Länder, die sich weigern, Haushaltsfehlbeträge mit eigenen Anstrengungen abzubauen, profitieren davon am meisten. Wer die riesigen Schuldentürme später abtragen soll, bleibt offen. Alle Schuldner rechnen damit, dass andere die Zeche zahlen. Dieses Verhalten ist in hohem Maße verantwortungslos. Nachhaltig erfolgreiches Handeln muss anders aussehen. An erster Stelle hat der Grundsatz zu stehen, dass nicht mehr verteilt werden darf, als derzeit erzeugt wird. Wie sich dieses Ziel erreichen lässt, ist zwar bekannt. Aber es ist unpopulär, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Produktivität des Kapitaleinsatzes sind an erster Stelle zu nennen. Gesamtwirtschaftliche und individuelle Anstrengungen sind unerlässlich. Hohe, leistungshemmende Abgaben für Erfolgreiche sind das Gegenteil dessen, was erforderlich ist. Leistungsanreize müssen funktionieren. Ständig zunehmende staatliche Interventionen entmutigen innovative Unternehmer.

Die faktische Abschaffung marktgerechter Zinssätze durch die EZB leitet Kapital in wenig erfolgversprechende Verwendungen und ist ein Hindernis für ertragreichere Faktorkombinationen. Der hohe und weiter steigende Staatsanteil am Sozialprodukt schränkt den produktiven Einsatz von Arbeit und Kapital massiv ein. »Soziale Gerechtigkeit« steht auf den Fahnen der Umverteilungspolitikern. Aber es fehlt regelmäßig der Maßstab, an dem diese Gerechtigkeit gemessen werden soll. Es handelt sich also um nichtssagende Floskeln. Jeder kann sich einen anderen Maßstab erhoffen und dann den Schluss ziehen, alles Heil von den Mitteln aus staatlichen Kassen zu erwarten.

Schlimm ist, dass sich viele Wähler trügerischen Hoffnungen hingeben und nur allzu gerne die Hände in den Schoß legen. Der Staat und die Abgabepflichtigen sind schon jetzt überfordert. Mangels Einsicht in diese Tatsache geht die Reise in der falschen Richtung weiter. Politiker täuschen ihre Wähler, wenn ihnen eingeredet wird, sie könnten auf die »soziale Gerechtigkeit« setzen und brauchten sich um ihr Wohl nicht zu sorgen. Sie könnten auf politische Zusagen vertrauen und auf Selbsthilfe verzichten.

In der verfahrenen Lage kommt es jetzt darauf an, mit geeigneten Maßnahmen die Rahmenbedingungen für eine freiheitliche Ordnung zu verbessern, den nationalen und internationalen Wettbewerb zu stärken, mehr Selbstverantwortung einzufordern, kollektive Hilfe, wo immer möglich, abzubauen und mit wirksamen Anreizen eigene Anstrengungen zu belohnen. Wettbewerb ist das wirksamste Instrument, das mit dem Streben nach individuel-



M 9 »Entwicklung der Bevölkerungsanteile verschiedener Einkommensschichten«

© Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017, S. 77

lem Vorteil eine bessere Leistung für die Allgemeinheit hervorbringt.

Wirtschaftswachstum füllt keineswegs nur private Kassen, wie manche Kritiker marktwirtschaftlicher Ordnungen glauben machen wollen. Regelmäßig entstehen neue und besser bezahlte Arbeitsplätze. Die Steuereinnahmen steigen, was die Neuverschuldung bremst. Die Sozialkassen füllen sich reichlicher, weil die Arbeitslosigkeit sinkt und die Beitragseinnahmen steigen. Beitragssenkungen werden möglich. Der Staatsanteil am Sozialprodukt schrumpft. Impulse für verstärkte unternehmerische Anstrengungen werden ausgelöst. Dieser Weg führt zu dauerhaften, die kommende Generation entlastenden Wirkungen.

Warum meiden viele Politiker diese Alternative? Die Antwort ist einfach. Dem Zeitfaktor kommt große Bedeutung zu. Umverteilung wirkt von heute auf morgen. Die Alternative benötigt Zeit, Einsicht, Durchsetzungswillen und Geduld. Die positiven Impulse werden oft erst nach Wahlterminen für viele sichtbar und spürbar. Das haben die Arbeitsmarktreformen von Altbundeskanzler Schröder besonders deutlich werden lassen.

Deutschland und Europa brauchen mutige Politiker, die langfristig denken, geeignete Wege zum Abbau der Schuldenmentalität kennen, diese Wege beschreiten und eine breite Öffentlichkeit von den Vorzügen dieser Strategie zu überzeugen verstehen. Umverteilungspolitikern sollte die Rote Karte gezeigt werden. Aufgeklärte Wähler sind gefragt.

© www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/die-umverteilung-schadet-der-allgemeinheit-mehr-als-sie-ihr-nutzt-14883128.html